

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtmeldung: Nachrichten Dresden
Preis pro Exemplar: 20 Pf.
Abonnement: 3,00 M. (6 Wochen)

Druck: 100.000 Exemplare
Verlag: Dresdner Nachrichten-Verlag
Redaktion: Dresden, R. 1, Wartenstraße 24/25

Vertrieb: Dresden, R. 1, Wartenstraße 24/25
Abonnement: 3,00 M. (6 Wochen)

Das Kabinett berät Sicherheitsmaßnahmen Todesstrafe für Straßenterror angedroht

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Aug. Am Donnerstagvormittag 11 Uhr ist in der Reichskanzlei das Reichskabinett zu einer Ministerbesprechung zusammengetreten, in der man sich vorzugsweise über die Frage unterhalten will, wie gegen die Terror- und Mordüberfälle der letzten Tage wirkungsvoll vorgegangen werden kann. Außer dem verrelten Reichskanzler von Papen und dem ebenfalls anwesenden Reichswehrminister von Schleicher sind alle Kabinettsmitglieder zu diesem Ministerrat verammelt. Den Vorsitz führt der Reichsminister des Innern von Gajl. Auch der Reichsjustizminister ist anwesend.

Es ist damit zu rechnen, daß noch im Laufe des heutigen Tages das Ergebnis dieses Ministerrats bekannt wird. Höchstwahrscheinlich wird die Reichsregierung sich zu einer weiteren Verschärfung der Strafbestimmungen bei Terrorfällen entschließen.

Es wird in unterrichteten Kreisen sogar damit gerechnet, daß für Terrorfälle mit Todesausgang die Todesstrafe angedroht wird. Ein beschleunigtes Gerichtsverfahren soll für die Aburteilung aller solcher Fälle binnen kürzester Frist Sorge tragen. Ebenfalls würde es, wenn es zu solchen schweren Verbrechen kommt, zu einer

beschleunigten Vollstreckung der Todesstrafe

kommen. Ob Sondergerichte nun doch in Aussicht genommen sind, steht noch dahin. Jedenfalls ist mit einer außerordentlichen Verschärfung der Strafbestimmungen auch schon für Waffengewalt zu rechnen. Die neuen verschärften Bestimmungen sollen sich gegen jeden richten, der sich solcher Terrorfälle schuldig macht, gleichgültig, ob er auf der Verleumdung oder auf der Rache zu suchen ist. Mit derselben Materie befaßt sich auch das Preussenkabinett, das am Nachmittag eine Sitzung abhält. Die neuen Maßnahmen sind um so dringlicher, als erneut schwere Überfälle auf Nationalsozialisten gemacht worden sind. So ist

in der vergangenen Nacht in Streitwald in Sachsen der SA-Mann Reifegerste von Kommunisten ermordet worden.

In der gleichen Nacht haben sich in München zwei schwere Überfälle von Kommunisten auf SA-Männer ereignet, bei denen die Nationalsozialisten Hans Piefer und Simon Weier so schwer verletzt wurden, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

In einem Berliner Blatt ist behauptet worden, daß Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Brüning gegen die Abschaffung der Todesstrafe Stellung genommen und daraus eine Kabinettsfrage gemacht habe. Demgegenüber wird von amtlicher Seite erklärt, daß in der Frage der Abschaffung der Todesstrafe das Reichskabinett keine Meinungsverschiedenheiten bestände. An eine generelle Konvertierung der Fronten wird überhaupt nicht gedacht. Selbstverständlich ist eine Senkung des zu hohen Hinrichtungsstandards ein Lebenswert. Die Hinrichtungen kann aber nur auf dem Wege privater Verhandlungen mit dem Auslande und, soweit die inländischen Schuldigen in Frage kommen, auf individuelle Weise geregelt werden.

Überfälle auf Nationalsozialisten in Ostpreußen

Königsberg, 4. August. In der Umgebung von Drensgart (Ostpreußen) haben sich am Mittwoch mehrere Überfälle auf Nationalsozialisten ereignet. Auf den Besitzer Walter Meckenburg aus Abbau Mariental wurden in der Nacht auf dem Nachhausewege vier schwere Schüsse abgegeben, die ihn jedoch nicht trafen. — Ebenfalls in der Nacht wurde auf den Sturmführer Will Watter auf Drensgart, der mit seinem Motorrad unterwegs war, in der Nähe eines Waldes geschossen. Auch hier gingen die Schüsse fehl. — Auf den nationalsozialistischen Obermeister Otto Delitz in Wiekau wurde in seiner Wohnung ein Anschlag verübt. Nachts wurde diese von einer Schatz politischer Gegner durchdrungen, und Delitz wurde angeschossen, herauszukommen. Als hat keiner der Untermeister Hermann aus Fenster trat, wurde von draußen eine geladene Pistole gegen ihn geschleudert, die ihn am Kopf traf und schwer verletzte. — Von dem Kommunisten Gänger wurden auf der Straße in Drensgart die der NSDAP angehörende Frau Hasting und der ebenfalls zur NSDAP gehörende Schachtmeister Wiese durch Schüsse aus einem Felsloch schwer verletzt.

Die Vorfälle in Königsberg

Königsberg, 4. August. Die Polizei hat heute das Material über die Vorfälle vom 1. August der Staatsanwaltschaft übergeben. Antikommunistischer Kampf des Reichsverteilers erschossenen Nationalsozialisten Korte und des am 1. August erschossenen kommunistischen Stadtverordneten Sauck beschuldigten die Anhänger der Nationalsozialisten und der kommunistischen demonstrative Zeichen und begangen zu veranlassen. Der Polizeipräsident hat nun beiden Parteien mitgeteilt, daß die Verhandlungen nicht nur den gewöhnlichen Zeichenbegünstigten zu rechnen und daß auch nach Reichsrecht verboten sind. Die nationalsozialistische „Preussische Zeitung“ und die sozialdemokratische

„Volkszeitung“ sind beide wegen ihrer Artikel in der Montagsausgabe verwahrt worden.

Blutige Zusammenstöße in Wägen

Wägen, 4. August. Am Mittwoch kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf zwei Arbeiter und ein zu Hilfe eilender Mann schwer verletzt wurden. Als die Polizei erschien, waren etwa 15 Beteiligte verhaftet worden. Die Polizei säuberte mit der blanken Waffe und dem Gummistock die Straße. Zehn Kommunisten wurden verhaftet.

Hohe explosive Sprengkörper bei Kommunisten gefunden

Raumburg, 4. August. Bei einer Durchsuchung, die die Polizeiverwaltung gestern im Verkehrslokal der Kommunisten in Wägen im Unratraum vornahm, wurden in einem Koffer getarnter Versteck 8 hohe explosive Sprengkörper gefunden. Der Besitzer des Lokals und sein Sohn, der der SPD angehört, wurden festgenommen.

Ein 18. Todesopfer von Altona

Altona, 4. August. Die schweren Zusammenstöße in Altona am 17. Juli haben jetzt ein 18. Todesopfer gefordert. Heute früh ist der 72jährige Pensionär Emil Föhler im Krankenhaus an den Folgen einer Schussverletzung gestorben.

Hamburg, 4. August. Der bei der Schlicherel im Gängeviertel in der Nacht nach der Wahl schwer verletzte Polizeiwachmeister Wilhelm Daae ist heute im Krankenhaus gestorben.

Ein Schreiben v. Papens an Dr. Bracht

Berlin, 4. August. Der Reichskanzler hat an den mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Ministers des Innern beauftragten Bevollmächtigten, Dr. Bracht, folgendes Schreiben gefandt: „Die beispiellose Härte des Wahlkampfes hat an die Kreise der Polizei ganz außerordentliche Anforderungen gestellt. Die noch nie gekannte Zahl und Größe der Wahlverrückungen, die Todsünde der Wahlverleumdung, aber leider auch die Veruche offenen Terrors haben alle Zweige und Dienstgrade, insbesondere auch in der Reichshauptstadt, bis zur Erschöpfung in Anspruch genommen. Leben und Gesundheit haben tapfere Beamte zum Schutze der Allgemeinheit geopfert. Allen Beteiligten, Führern und Beamten, den Dank der Reichsregierung auszusprechen, ist mir ein besonderes Bedürfnis. Ich bitte Sie, Herr Reichskommissar, diesen meinen Dank an die preussische Polizei zu übermitteln. Ich hoffe, daß der von dem Herrn Reichspräsidenten verordnete Bürgerkrieg der Polizei eine wohlverdiente Ruhepause bringt, gebe aber auch der Inverlichte Ausdruck, daß Ihre Warnung vor Gewalttaten und Ihre Aufrechterhaltung an die Verantwortlichkeit, sie bei pflichtgemäßem Waffengebrauch in Schutz zu nehmen, zur Wiederherstellung geordneter Zustände im Lande beitragen werden.“

Neue polnische Unverschämtheit

Eine zweite Demarche in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. August. Die polnische Diplomatie befaßt die Unverschämtheit, ihre Mission gegen Deutschland in der bekannten Flaggenangelegenheit noch immer nicht zur Ruhe kommen zu lassen. So ist heute

in Berlin eine polnische Note angekommen.

In der erneut der polnische Standpunkt dargelegt wird. Polen will offensichtlich nicht anerkennen, daß es keine Befugnisse gegenüber dem deutschen Geschäftsträger in Warschau, von Mitlets, auf das arbeitslose überstritten und die Exterritorialität verletzt hat. Dieser polnischen Note soll heute abermals ein Versuch des polnischen Gesandten in deutschen Auswärtigen Amt folgen. Bei der Abfuhr, die der polnische Gesandte bereits vor einigen Tagen beim deutschen Außenminister erhielt, muß es einleuchtend Wunder nehmen, daß neuerlich eine Demarche stattfinden soll. Um diesen neuen Auftrag ist der polnische Gesandte wahrlich nicht zu beneiden, da schon jetzt feststeht, daß Deutschland niemals in seinen Schritt zurückweichen, und mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen wird, wie man aber das unqualifizierbare Vorgehen Polens denkt.

Ein unglücklicher Zufall will es übrigens, daß der deutsche Geschäftsträger in Warschau, Gesandtschaftsrat von Mitlets, bereits vor mehreren Wochen im Auswärtigen Amt nach Berlin berufen worden ist. Es kann dadurch in

Centrumskonferenz in Köln

Berlin, 4. August. In Köln fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers a. D. Dr. Brüning eine Sitzung von führenden Persönlichkeiten des Zentrums statt, in der zu der politischen Lage Stellung genommen wurde. Der offizielle Vorstand der Zentrumspartei wird wahrscheinlich in der nächsten Woche zusammentreten.

Von einer Seite, die aber die Vorgänge beim Zentrum immer gut unterrichtet ist, erfahren wir, daß die maßgebenden Instanzen und die Führer des Zentrums irgendwelche Beschlüsse oder Entschlüsse noch nicht gefaßt haben. Alle Meinungen über irgendwelche Vereinbarungen in Preußen und die Nachrichten bezüglich der Stellungnahme des Zentrums zur Umbildung des Reichskabinetts sind Kombinationen, denen, soweit das Zentrum in Frage kommt, jede Grundlage fehlt. Das Prälat Haas seit längerer Zeit krank ist und im Süden weilt, ist allgemein bekannt. Soweit wir hören, geht jedoch die Ansicht des Zentrums dahin, daß die Folgerungen aus dem Wahlkampf gezogen und die Nationalsozialisten an die Verantwortung herangezogen werden müßten.

Entschiedene Stellungnahme des „Völkischen Beobachters“

München, 4. August. Der „Völkische Beobachter“ schreibt in einem Leitartikel „Entscheidende Wochen“ u. a. seit Jahren sei es das Ziel Brünings gewesen, die Nationalsozialisten auszuschalten. Nur deshalb sei Brüning von der SPD toleriert worden. Diese Taktik sei nun zu Ende, und man gebe in halber Gemeinsamkeit dahin, die Nationalsozialisten teilnehmen zu lassen an der Regierung. Diese Leute gäben sich noch immer den Anschein, als glaubten sie „es sei bei uns mit ungefährliehen deutschnationalen Bürgern“ zu tun zu haben. — Dabei ist doch klar, daß wir gar nicht daran denken, irgendetwas „Führung zu nehmen“, sondern wir werden uns freihalten wie bisher, über die unbeherrschte Führung übernehmen und es anderen überlassen, ob sie diese anerkennen wollen oder nicht! Wenn man ideologisch eine jetzt viel berechtigte Koalition mit dem Zentrum behandeln will, so steht zunächst fest, daß die NSDAP dreimal stärker ist als diese Partei. Das würde bedeuten, daß wir zum mindesten von vier Ministern drei zu stellen hätten unter eindeutiger Führung unsererseits; also alle politisch entscheidenden Ministerien, bei entsprechender Regelung in Preußen.“ Am Schluß des Aufsatzes heißt es u. a.: „Die Fronten sind klar. Es gibt kein Ausweichen mehr. Die Entscheidung ob für oder gegen Deutschland fällt; nunmehr in diesen Wochen. Bleibt das Zentrum an dem Marxismus kleben, so wird es samt seinen Führern bis in unterste Grade hinein von der deutschen Zukunft als grundsätzlicher Staats- und Volksfeind ausgerufen und dementsprechend behandelt werden.“ Es habe den Anschein, so hat das Blatt hinzu als ob das Zentrum sich für seinen alten roten Koalitionspartner gegen Deutschland entscheiden werde.

An anderer Stelle schreibt Rosenbergs: „Noch fehlt jedes verbindende Geständnis, daß das Zentrum sich überzeugt habe, durch die Koalition mit der SPD, auch dem Bolschewismus zu opfern zu haben. Es fehlt jede verbindende Anerkennung, die nach einer zurechnungsfähigen Ausklärung des marxistischen Gedankens zu deuten wäre. Solange das Zentrum dies aber nicht tut, steht es nach wie vor Schmelze bei Rot-Weiß. Die Fronten sind klar. Die Mitte ist endgültig aufgegeben. Vor uns stehen die roten Marxistenhaufen, dicht vor ihnen aber noch immer das Zentrum. Es gibt kein Ausweichen mehr.“

Polen unter Umständen der Eindruck entstehen, als habe sich die deutsche Regierung entschlossen, Herrn v. Mitlets abzurufen, weil dieser nicht ganz korrekt vorgegangen sei.

In der Wilhelmstraße wird jedoch mit Nachdruck abermals versichert, daß die Abberufung Mitlets bereits seit Monaten beschlossene Sache sei.

Nur seinen Nachfolger, den Gesandtschaftsrat Schliep, ist ebenfalls bereits vor längerer Zeit in Warschau das Abberufen nachgefragt und erzielt worden. Die Rückkehr von Mitlets nach Berlin ist also in keinerlei Zusammenhang zu bringen mit den jüngsten Warschauer Vorgängen.

Reichskanzler v. Papen im Saarland

Saarbrücken, 4. August. Reichskanzler v. Papen traf gestern um 11.30 Uhr zu seinem Ferienaufenthalt in Wallerfangen ein. Die Bevölkerung bereitet ihm eine herliche Kundgebung, um ihrer Verbundenheit mit dem deutschen Vaterland Ausdruck zu geben. Der Reichskanzler dankte für die freundliche Begrüßung.

Hauptmann Göring bei v. Neurath

Berlin, 4. August. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath empfing am Donnerstagvormittag den politischen Beauftragten der Nationalsozialistischen Partei, Hauptmann Göring.